

ZUSAMMENFASSUNG

1. Die Diskussion über die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei und Polen beginnt mit der Forderung Hitlers nach dem Anschluß der mehrheitlich von Deutschen besiedelten Randgebiete der böhmischen Länder in das ‚Großdeutsche Reich‘ am 12. September und dem Vorschlag Hitlers vom 24. Oktober 1938, in einer Art unbefristetem Ultimatum am 21. März 1939 erneuert, Danzig an Deutschland anzugliedern sowie exterritoriale Verkehrsverbindungen durch den ‚polnischen Korridor‘ zu führen. Die Forderung an die Tschechoslowakei führte zur Abtretung der Sudetengebiete im ‚Münchener Abkommen‘ vom 29. September 1938, die Forderungen an Polen zum Angriff auf Polen am 1. September 1939. Die nationalsozialistische Propaganda hatte ihr Verlangen nach einer Veränderung der in den Pariser Vorortverträgen gezogenen Grenzen mit dem Wunsch der Sudetendeutschen und Danziger begründet, ‚heimzukehren ins Reich‘. Das Zusammenspiel der deutschen Volkstumsverbände und Parteien in Polen schon zur Zeit der Weimarer Republik und besonders der ‚Sudetendeutschen Heimatfront‘ bzw. ‚Sudetendeutschen Partei‘ und der nationalsozialistischen Führung seit 1934 hatte Polen und Tschechen, aber auch den Regierungen der Großmächte und ihren Beratern gezeigt, daß mit einer dauerhaften Loyalität der deutschen Minderheiten zur Tschechoslowakischen und Polnischen Republik nicht gerechnet werden könne. Allgemein verbreitet war auch die Meinung, daß sich die Minderheitenschutz-Bestimmungen der Pariser Vorortverträge nicht bewährt, sondern vielmehr die Integration der Minderheiten in die Nachfolgestaaten gestört hätten.

Ausgangspunkt der tschechoslowakischen Vertreibungspläne waren die Erfahrungen des Jahres 1938. Die strategische Position der Tschechoslowakei war schon durch den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich äußerst geschwächt und durch die Abtrennung der ‚Sudeten-‘ oder ‚Grenzgebiete‘ endgültig so aussichtslos geworden, daß die amputierte Tschechoslowakei im März 1939 keinen Widerstand gegen die deutsche Besetzung leistete. Gegen eine Wiederholung von ‚München‘, eine erneute Abtrennung der von Deutschen besiedelten Grenzgebiete, sollten Vorkehrungen durch die Aussiedlung eines möglichst großen Teils der deutschen Bevölkerung getroffen werden. ‚München‘ ist das Motiv für die Vertreibung, während die deutsche Besatzungspolitik die

Aussiedlungspläne einschließlich der Terrorwellen im Herbst 1941 und Sommer 1942 mit der Vernichtung der Ortschaft Lidice nur gefestigt und unumkehrbar gemacht hat. Aus der tschechischen Widerstandsbewegung kamen schon vor Kriegsbeginn Forderungen nach einer vollständigen Aussiedlung der Sudetendeutschen.

Ausgangspunkt der polnischen Annexions- und Vertreibungspläne war die überraschend schnelle Niederlage im ‚Septemberkrieg‘ 1939. Diese wurde auf die ungünstige strategische Lage zurückgeführt, die durch die Grenzziehung in den Jahren 1919 bis 1921 entstanden war. Ostpreußen und Schlesien erschienen der polnischen Regierung, Widerstandsbewegung und Öffentlichkeit als zwei Backen einer Zange, mit der Polen zerdrückt worden sei. Der zwanzigjährige Streit um den ‚Korridor‘ und um Oberschlesien sollte nach dem zweiten Weltkrieg zugunsten Polens gelöst werden. Angesichts der radikalen nationalsozialistischen Besatzungspolitik, an der sich auch volksdeutsche ‚Selbstschutzeinheiten‘ beteiligt hatten, erschien auch den großen Alliierten ein Zusammenleben von Polen und Deutschen in einem Staat ausgeschlossen.

In der exilierten Führung der sudetendeutschen Sozialdemokratie besaß das tschechoslowakische Exil, in deren Vorsitzendem Jaksch hatte Präsident Beneš einen Partner, mit dem er in London über die Zukunft der Deutschen in der Tschechoslowakei verhandeln konnte, ja wegen des hohen Ansehens, das sich die sudetendeutschen Sozialdemokraten durch ihren Widerstand gegen Henlein und Hitler erworben hatten, sprechen mußte. Jaksch zog aus den Erfolgen der ‚Sudetendeutschen Partei‘ und der Selbstgleichschaltung aller nicht-sozialistischen deutschen Parteien und Verbände den Schluß, daß sich seine Partei aus einer Klassen- zu einer Volkspartei entwickeln und die nationalen Forderungen der Sudetendeutschen nach einer Föderalisierung und nach territorialer Autonomie vertreten mußte, wenn sie nach dem Kriege die Mehrheit der Sudetendeutschen in eine demokratische Republik führen wollte.

2. In der tschechischen Exilpolitik und damit auch in der Planung der Vertreibung dominierte der langjährige tschechoslowakische Außenminister und Staatspräsident Beneš. Als letzte verzweifelte Antwort auf die ‚Heim-ins-Reich‘-Parolen der ‚Sudetendeutschen Partei‘, die bei den Kommunalwahlen des Jahres 1938 neun Zehntel der Stimmen der deutschen Wähler gewonnen hatte, entwickelte er Mitte September 1938 seinen sogenannten ‚Fünften Plan‘: Ein Drittel der Sudetendeutschen könne die Tschechoslowakei durch Abtretung bestimmter Grenzgebiete loswerden, ein Drittel sollte ausgesiedelt werden und ein Drittel, besonders die ‚Demokraten, Sozialisten und Juden‘, könne in der Tschechoslowakei bleiben. An diesem Plan hielt er während des Krieges fest.

Die Zustimmung der Großmächte zur Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei sollte durch eine solche Abtretung von Grenzgebieten bzw. die Aufgabe größerer gegen den Gewinn kleinerer Grenzgebiete erleichtert werden. Die Gebiete, auf die Beneš zu verzichten bereit war, umfaßten im Herbst 1940 noch drei Gaue oder Kantone, nämlich Jägerndorf, Reichenberg und Karlsbad, mit deren Abtretung an Deutschland Beneš rechnete. Die Gebiete, an deren Abtrennung von der Republik Beneš dachte, wurden schrittweise kleiner. Aufgrund der Kritik in den eigenen Reihen schloß Beneš noch Anfang Juni 1941 Karlsbad, nicht aber Eger von der möglichen Abtretung aus. Im Februar 1945 war von diesem Element seines Plans nur noch die Bereitschaft übriggeblieben, wenige dicht – darunter einen Landzipfel mit Asch und Eger – gegen einige dünn besiedelte Gebiete mit einer Differenz von 300 000 Personen auszutauschen.

Zurück in der Tschechoslowakischen Republik bleiben dürften etwa 800 000 Deutsche, hieß es noch im Memorandum vom November 1944. Die Zahl war aber schon damals nicht mehr ernst zu nehmen, da von diesen Deutschen aktiver Kampf gegen Henlein und Hitler vor und nach dem Münchener Abkommen sowie Bereitschaft zur Tschechisierung verlangt wurde. Infolgedessen wuchs die Zahl der Deutschen, die ausgesiedelt werden sollten. Um diese wachsende Zahl formal zu verringern, gliederte sie Beneš in verschiedene Kategorien: Ein Teil werde fliehen, die ‚Schuldigen‘ seien zu ‚vertreiben‘ und nur der Rest ‚organisiert zu transferieren‘. Auf britischen Druck nahm Beneš aber diese Unterscheidung zwischen Vertreibung und Transfer zurück und erhöhte die Zahl der ‚Henleinisten und Nazis‘, die fliehen würden, auf eine halbe Million. Nach der Befreiung dachte die tschechoslowakische Regierung nicht mehr an einen Gebietsaustausch mit Deutschland und Ungarn, sondern nur noch an eine Arrondierung des Staatsgebiets auf deutsche und ungarische Kosten, konnte diese aber nicht durchsetzen.

Beneš zielte auch auf eine Verringerung der Zahl der Magyaren in der Tschechoslowakei. Er dachte bis 1943 wie im Falle der Sudetendeutschen an die Abtretung der Großen Schütt sowie kleinerer Grenzbezirke. Die Aussiedlung von zwei Dritteln der Magyaren sollte zum Teil den Charakter eines Austauschs gegen Slowaken aus Ungarn annehmen. Die slowakischen Politiker hatten dagegen bis 1944 offensichtlich nicht an eine Vertreibung der Magyaren aus der Slowakei gedacht. Erst auf Initiative Benešs und der Londoner Exilregierung übernahmen sie diese Forderung, die sie aber wegen des Widerstandes der Amerikaner und Briten und wegen der nur halbherzigen Unterstützung der Sowjets nicht verwirklichen konnten.

3. Jaksch erhoffte und Beneš fürchtete eine Revolution oder einen Militärputsch in Deutschland, auf die ein Kompromißfrieden folgen könnte. Für diesen Notfall stellte Beneš im Herbst 1940 Jaksch die Aufnahme sudetendeutscher Sozialdemokraten in den ‚Staatsrat‘, eine Art Ersatzparlament, in Aussicht. Damals ließ Beneš eine Gruppe von Ministern mit Jaksch über die Bildung dreier Kantone sowie kleinere oder größere Bevölkerungsverschiebungen innerhalb der Tschechoslowakei verhandeln. Mit diesen Gesprächen sollte der Eintritt sudetendeutscher Sozialdemokraten in den Staatsrat vorbereitet werden. Als die führenden Widerstandsgruppen in der Heimat protestierten, verschob Beneš im Dezember 1940 die Aufnahme von Deutschen in den Staatsrat. Ein erneuter Anlauf, sudetendeutsche Vertreter im Spätsommer 1941 in den Staatsrat zu integrieren, scheiterte an erneuten Protesten aus dem Protektorat, vor allem aber aus der Auslandsarmee.

Im Juni 1939, also vor der Entfesselung des Krieges, hielt Jaksch die Zukunft der Sudetengebiete für offen. Im Laufe der ersten Kriegsmomente erkannte er, daß deren Rückgliederung an die Tschechoslowakei immer wahrscheinlicher wurde. Um die Mehrheit der Sudetendeutschen dauerhaft für den neuen gemeinsamen Staat mit den Tschechen und Slowaken gewinnen zu können, forderte die ‚Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten‘ ein deutsches Bundesland mit Landtag und Landesregierung in einer föderalisierten Tschechoslowakei. Solange eine Einigung mit der tschechoslowakischen Exilführung, d. h. Beneš, ausstand, sollten die wehrfähigen Genossen in der britischen Armee dienen, empfahl Jaksch. Im Herbst 1940 wäre Jaksch schon mit der Bildung deutscher Kantone nach Schweizer Vorbild zufrieden gewesen. Obwohl Jaksch Benešs Pläne spätestens seit dem Herbst 1940 kannte, verhandelte er weiter. Denn er hoffte einerseits, das Ausmaß der geplanten Vertreibung verringern zu können. Andererseits brauche seine Partei ein Alibi, daß sie im Exil alles getan habe, um zu einer Vereinbarung mit den Tschechen zu kommen, war Jakschs Überzeugung. Nachdem ihm Beneš im Januar 1942 seinen Plan erläutert hatte, der die Reduktion der deutschen Minderheit auf höchstens eine Million vorsah, glaubte Jaksch, die Verhandlungen nicht mehr weiterführen zu können, doch als Beneš im Herbst 1942 neue Gespräche auf der Basis der Vertreibung von ‚Schuldigen‘ anbot, schöpfte Jaksch erneut Hoffnung. Denn einmal eingeführt, mußte dieses Kriterium zur Reduktion der Zahl der Vertriebenen führen. Als das Foreign Office sich aber gegen das Schuldprinzip aussprach, da es den Umfang der Aussiedlung zu beschränken drohte, brach Beneš die Verhandlungen mit Jaksch ab.

In seiner Abrechnung mit der Politik Jakschs warf Beneš ihm vor, durch allzu langes Zögern den Zeitpunkt verpaßt zu haben, zu dem seine Partei in die Auslandsaktion hätte eingegliedert werden können. Jaksch hatte jedoch, wie ich gezeigt habe, auch zuvor niemals eine Chance gehabt, zu einer Einigung mit Beneš zu kommen, wenn er die Vertreibung der Mehrheit der Sudetendeutschen nicht akzeptieren und sich nicht mit der Rolle des Führers der Restminderheit zufriedengeben wollte. Nur die treu gebliebenen Sozialdemokraten vor der Vertreibung zu bewahren, schrieb Jaksch einem seiner Kritiker, würde bedeuten, die ‚Herrenvolk‘-Theorie – jedoch umgekehrt – zu vertreten. Seit dem endgültigen Abbruch der Gespräche mit Beneš versuchte Jaksch, die britische Öffentlichkeit für die Ablehnung der Transfer-Pläne zu gewinnen. Im August 1944 gründete er zusammen mit zwei sudetendeutschen Katholiken ein ‚Demokratisches Sudeten-Komitee‘, kehrte zu seinem föderalistischen Programm der ersten Kriegsmonate zurück und forderte die Besetzung der Sudetengebiete durch ‚eine unparteiische alliierte Truppe‘.

Mit Wissen Benešs hatten tschechische Sozialdemokraten die innerparteiliche Opposition gegen Jaksch zur Trennung von der ‚Treuegemeinschaft‘ gedrängt. Diese Zinner-Gruppe ließ sich im Herbst 1940 verpflichten, an der Spaltung festzuhalten, selbst wenn Jaksch seine Politik ändern sollte. Zusammen mit den deutschen Kommunisten und den Deutsch-Demokraten versuchte die Zinner-Gruppe durch Verzicht auf nationale Forderungen das Wohlwollen der Exilregierung zu gewinnen. Sie segelte so sehr im tschechischen Schlepptau, daß sie seit März 1944 zusammen mit den Kommunisten die Aussiedlungspläne der Exilregierung in vollem Umfang unterstützte.

4. In der polnischen Widerstandsbewegung und Öffentlichkeit spielte der Gedanke der ‚Kompensation‘ für eventuelle Gebietsverluste in den Jahren 1939 bis 1942 kaum eine Rolle, wohl aber bei den Überlegungen der Führungsgruppe in der Exilregierung, also bei Sikorski und seinen Beratern. Die polnische Regierung erhob seit Oktober 1939 Anspruch auf Ostpreußen und seit Anfang 1940 auch auf Deutsch-Oberschlesien. Die polnischen Widerstandsgruppen in der Heimat stellten durchweg die Forderung nach der Annexion größerer bisher deutscher Provinzen als die Exilregierung. Das Ausmaß der Annexionen und der deutschen Bevölkerung, die ausgesiedelt werden sollte, stieg im Falle Polens im Laufe der Verhandlungen über den teilweisen oder vollständigen Verlust der polnischen Gebiete hinter der Curzon-Linie. In Moskau bot Stalin im Dezember 1941 Sikorski nicht nur Kompensationen in Ostpreußen, sondern schon die Oder als Westgrenze Polens an. Auch unter

diesem Eindruck strebte die Exilregierung nunmehr eine Grenze an der Oder und Glatzer Neiße an. Vorstellungen, die Grenze bis zur Lausitzer Neiße vorzuschieben, lehnte die Regierung im Herbst 1942 sowie in den beiden folgenden Jahren wiederholt ab; allerdings sollte Niederschlesien westlich der Oder einem ‚strengen‘ polnischen Besatzungsregime unterworfen werden. Während die Regierung Arciszewski auch 1944 und 1945 an dieser Linie festhielt, sprachen sich der zurückgetretene Ministerpräsident Mikołajczyk und der Vorsitzende des ‚Polnischen Nationalrats‘ Grabski im Januar 1945 für die Oder-Linie einschließlich der Hafenstadt Stettin und der ‚Rat der Nationalen Einheit‘, das oberste politische Organ der nationalen Widerstandsbewegung, für die Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße aus.

5. Schon im Frühjahr 1940 hielt eine Mehrheit der im ‚Foreign Research and Press Service‘ (FRPS) vereinigten wissenschaftlichen Berater des Foreign Office die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei, Polen und jenem Teil Ostdeutschlands für nötig, der Polen übergeben werden sollte, zumindest aber aus Ostpreußen, Deutsch-Oberschlesien bis zur Oder und dem Sudetenland. Der deutsche Kampf gegen den ‚polnischen Korridor‘ und die Anschlußforderungen der Sudetendeutschen sollten sich nach dem Kriege nicht wiederholen. Zur selben Zeit erfuhr der stellvertretende amerikanische Außenminister Welles in Paris und London, daß Daladier und Chamberlain den Deutschen der Tschechoslowakei und sogar Polens im Falle eines Kompromißfriedens Selbstbestimmung einräumen wollten. Erst unter dem Eindruck der deutschen Luftangriffe auf britische Städte wandelte sich die Stimmung der britischen Bevölkerung so weit, daß Forderungen der Exilregierungen nach einer radikalen Lösung der Probleme der deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa auch bei den Ministern und bei den Beamten des Foreign Office Anklang fanden. Bei Churchill persönlich trafen die Vorstellungen über Bevölkerungstransfers schon im Dezember 1940 auf Zustimmung, wobei er sich auf den ‚Erfolg‘ des griechisch-türkischen Beispiels berief. Die Atlantik-Charta wurde von der britischen Regierung, wie ihr Verhalten gegenüber den Erklärungen der Exilregierungen zeigte, von Anfang an nur als Propaganda-Instrument betrachtet.

Neben Churchill stand auch Eden persönlich schon vor seiner Moskauer-Reise im Dezember 1941 dem Transfer der deutschen Minderheiten aus Polen und der Tschechoslowakei positiv gegenüber. Im Dezember 1941 bot Stalin Sikorski an, daß Polen für die Verluste im Osten Kompensationen in Ostpreußen und bis zur Oder erhalten könne, und wiederholte diese Aussage gegenüber Eden, wobei die deutsche Bevölkerung dieser Gebiete nach Deutschland evakuiert werden müsse.

Zugleich sprach sich Stalin für die Rückgabe der Sudetengebiete an die Tschechoslowakei aus. Nach seiner Rückkehr nach London gab Eden dem FRPS den Auftrag zu einem Gutachten über die Grenzen zwischen Deutschland auf der einen und der Tschechoslowakei und Polen auf der anderen Seite. Dabei sollte der FRPS weniger Rücksicht auf ethnographische Gesichtspunkte nehmen und ‚soweit dies dazu führt, den Austausch von Bevölkerungen zu befürworten‘, ein zweites Gutachten zu dem griechisch-türkischen Austausch und zur Umsiedlung der Deutschbalten erarbeiten. Während Eden auf die Gutachten wartete, erläuterte ihm Beneš seinen Plan, die Zahl der Sudetendeutschen durch Teil-Abtretung und Teil-Vertreibung auf eine Million zu reduzieren. Kurz darauf legte der FRPS das bestellte Gutachten vor. Die Zahl der Deutschen, die bei der Annexion Ostpreußens mit Danzig und Oberschlesiens sowie aus dem Sudetenland vertrieben werden müßten, schätzte der FRPS am 12. Februar 1942 auf 3–6,8 Millionen. Dieses Gutachten sowie Benešs Plan bildeten die Grundlage für den Doppelbeschuß des britischen Kriegskabinetts vom 6. Juli 1942: Es erklärte das Münchener Abkommen für ungültig und seine Zustimmung zum ‚allgemeinen Grundsatz des Transfers von deutschen Minderheiten in Mittel- und Südosteuropa nach Deutschland nach dem Kriege in Fällen, wo dies notwendig und wünschenswert erscheint‘. Obwohl Eden in seiner Kabinettsvorlage Lidice erwähnt hatte, dürfte dieser Terrorakt die seit Monaten anstehende Entscheidung nicht wesentlich beeinflußt haben. Der FRPS hielt auch in weiteren Gutachten die Annexion Danzigs, Ostpreußens und Oberschlesiens durch Polen für nötig.

Eden vertrat die Kompensationslösung im März und September 1943 im Kabinett sowie im März 1943 gegenüber der amerikanischen Führung. In dieser Lösung sah das im November 1943 gebildete ‚Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations‘ das Maximum und sprach sich gegen weitergehende polnische Annexionen und damit Vertreibungen aus. Wenn überhaupt, empfahl das Komitee, sollte die deutsche Bevölkerung eines Gebiets vollständig transferiert werden, damit nicht sowohl Revanche suchende Vertriebene in Deutschland als auch Restminderheiten in den Vertreiberstaaten geschaffen würden, die einem erstarkten Deutschland doch wieder Anknüpfungspunkte für eine Grenzrevision bieten könnten. Deutschland könne die Vertriebenen langfristig absorbieren, doch seien kurzfristig Engpässe bei der Versorgung mit Lebensmitteln, Wohnraum und Arbeitsplätzen zu erwarten. Um einen wirtschaftlichen Kollaps Deutschlands zu verhindern, solle die Vertreibung erst ein Jahr nach dem Waffenstillstand beginnen und über mindestens fünf Jahre gestreckt wer-

den; der zu erwartende Arbeitsplatz-Mangel in Deutschland sollte durch den Zwangseinsatz deutscher Arbeiter in Rußland reduziert werden. Das Komitee machte sich auch Benešs Vorschläge zu eigen, erstens allen Deutschen, die nach dem deutschen Recht Reichsbürger seien, die Staatsangehörigkeit zu entziehen und zweitens das Vermögen der Vertriebenen gegen die Reparationsforderungen der Vertreiberstaaten zu verrechnen.

Neben Ostpreußen, Danzig und Oberschlesien bot Eden Mikolajczyk schon im November 1943 zusätzlich ‚Pommern‘ als Gegenleistung für die Hinnahme der Curzon-Linie an. Churchill sprach auf der Konferenz in Teheran von einem Polen zwischen Curzon-Linie und Oder und machte im Februar 1944 die Absicht, Polen im Norden und Westen zu entschädigen, auch durch eine Rede im Unterhaus bekannt. Im Oktober 1944 gingen Churchill und Eden noch einen Schritt weiter, um die Zustimmung der polnischen Führung zum Verlust der Ostgebiete und Lembergs zu erreichen: Polen könne sich bis zur Oder einschließlich Stettins und Breslaus ausdehnen, verbunden mit der Aussiedlung aller dort lebenden Deutschen. Diese Lösung vertrat er, ohne die Oder-Linie zu erwähnen, im Dezember 1944 auch im Unterhaus. Dagegen hielten es Bevin, Eden und das Foreign Office nicht mehr für erforderlich, die Oder-Grenze zu unterstützen, da die neue sowjethörige Warschauer Regierung ohnehin die Curzon-Linie anzunehmen bereit war.

6. Skrupel bei der Vertreibung ethnischer Gruppen waren von der Sowjetunion nicht zu erwarten, hatte sie doch vor allem die Rußlanddeutschen aus dem europäischen in den asiatischen Teil deportiert. Anklänge an diese Lösung tauchten auf, wenn Beneš und Ripka mit Bogomolov über einen Abtransport der Sudetendeutschen nach Sibirien ‚scherzten‘ und Sargent im Foreign Office diese Lösung empfahl; außerdem sah nicht nur die sowjetische Reparationskommission, sondern auch der britische ‚Malkin Report‘ die Zwangsarbeit von bis zu drei Millionen Deutschen vorwiegend in der Sowjetunion vor. Polen solle Ostpreußen und alle Gebiete bis zur Oder erhalten, sagte Stalin zu Eden im Dezember 1941, und wenn Polen Ostpreußen erhalte, müßten die Deutschen evakuiert werden. Während der Verhandlungen über den geplanten britisch-sowjetischen Vertrag im Mai 1942 war sich Eden mit Molotov einig, daß bei einer Übertragung Ostpreußens an Polen die dortigen Deutschen ‚entfernt‘ werden müßten. Die sowjetischen Planungsgremien, die Litwinov- und die Majskij-Kommission, empfahlen im Oktober 1943 bzw. im Januar 1944 die Übertragung Danzigs, Ostpreußens südlich von Königsberg, und Oberschlesiens an Polen, verbunden mit der Aussiedlung der Deutschen. Nicht nur diese Gebiete, sondern alle

Gebiete bis zur Oder einschließlich Stettins könnten die Polen erhalten, erklärte Stalin Beneš im Dezember 1943, während die Sowjetunion das nördliche Ostpreußen für sich beanspruche. Dem Lubliner Komitee, der späteren Warschauer Regierung, sowie dem polnischen Ministerpräsidenten Mikołajczyk versprach Stalin im Juli und August 1944, sich für die Ausdehnung Polens bis zur Oder und Lausitzer Neiße einschließlich Stettins und Breslau einzusetzen.

Die Vertreibung der Sudetendeutschen sei ein ‚inneres Problem‘ der Tschechoslowakei, sagte Molotov im Juni 1942 zu Beneš, doch werde die sowjetische Regierung helfen, wo es möglich sei. Im Mai 1943 erklärten Benešs Abgesandte dem sowjetischen Botschafter Bogomolov, daß ihnen Molotovs Aussage nach der britischen und nun auch amerikanischen Zustimmung nicht mehr genüge, und am 5. Juni antwortete Bogomolov, daß die sowjetische Regierung dem Gedanken des Transfers der Deutschen zustimme. Diese Position bekräftigte Stalin bei seinem Gespräch mit Beneš am 12. Dezember 1943. Erst nach Stalins Entscheidung schwenkte auch die Moskauer KSC-Führung auf den Vertreibungskurs ein.

7. In der amerikanischen Politik zur Frage polnischer Annexionen und der Vertreibung gibt es einen deutlichen Gegensatz zwischen den Aussagen Roosevelts und den Empfehlungen der Beratungsgremien. Roosevelt hatte sich schon seit Februar 1942 mehrfach dafür ausgesprochen, das Problem des ‚Korridors‘ durch die Übergabe Ostpreußens an Polen zu lösen. Die Beratungsgremien gingen unter dem Eindruck der Leiden von Vertriebenen beim griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch und der NS-Umsiedlungspolitik in den ‚eingegliederten Gebieten‘ im Frühjahr vom Grundsatz möglichst kleiner Grenz- und Bevölkerungsverschiebungen aus. Im Juli 1942 akzeptierten die US-Planer die Übergabe Danzigs an Polen, für die Deutschland allerdings durch einen schmalen Grenzstreifen entschädigt werden sollte. Unter dem Einfluß der britischen und sowjetischen Haltung empfahlen sie im November 1942 auch die Übertragung Ostpreußens und unter dem Eindruck der Forderungen Sikorskis bei seinem USA-Besuch im Dezember und der erwarteten Territorialverluste Polens im Osten zusätzlich eines großen Teils von Deutsch-Oberschlesien an Polen. Dabei rechnete die US-Regierung mit der Auswanderung bzw. Aussiedlung der Einwohner Danzigs und des nördlichen Ostpreußens, während ein Teil der Bevölkerung des Bezirks Allenstein und Oberschlesiens polnisch sei bzw. polonisiert werden könne. Roosevelt vertrat diese Position sowohl gegenüber den Polen als auch gegenüber den Briten und Sowjets. Vor Jalta plädierte das ‚State Department‘ auch für die Abtretung eines Teils von Hinter-

pommern an Polen, sprach sich jedoch gegen weitergehende Annexionen durch Polen aus. Ende 1944 versprach Roosevelt wie zuvor schon Churchill und Stalin, Unterstützung beim Transfer der Deutschen aus den neu-polnischen Gebieten.

Bei seiner Reise in die USA im Mai 1943 erreichte Beneš die Zustimmung Roosevelts zum Transfer, obwohl die Planer geglaubt hatten, mit einer Abtrennung von sechs Landzipfeln von der Tschechoslowakei und ohne Vertreibung auskommen zu können. Mit der Nachricht über das britische und nun auch das amerikanische Einverständnis zum Transfer schickte er Masaryk und Ripka zu Bogomolov, der daraufhin auch die Zustimmung seiner Regierung einholte.

8. Zur Konferenz von Jalta kamen die alliierten Großmächte mit unterschiedlichen Vorstellungen: Stalin plädierte für die Oder-Neiße-Linie, Churchill für die Oder-Linie und Eden und Roosevelt für die Beschränkung der polnischen Annexionen auf Ostpreußen, Danzig, Oberschlesien und einen Teil von Hinterpommern, doch stimmte Roosevelt in Jalta der Ausdehnung Polens bis zur Oder zu. Churchill machte dieses Ergebnis in einer Rede vor dem Unterhaus bekannt. Als die sowjetischen Truppen nach Ostdeutschland vorrückten, wurde ein Teil der deutschen Bevölkerung evakuiert, viele versuchten zu fliehen. Mit sowjetischer Genehmigung schuf die polnische Regierung vollendete Tatsachen und begann mit der Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Lausitzer Neiße. Die Prager Regierung hatte das gleiche Ziel: Möglichst viele Deutsche sollten noch vor der erwarteten Konferenz der ‚Großen Drei‘ vertrieben werden. Hetzreden von Politikern, zentrale Weisungen, die den örtlichen Behörden einen weiten Interpretations- und Handlungsspielraum ließen, selbsternannte Rächer für die NS-Verbrechen und von Bereicherungssucht getriebene Einzelne und Gruppen wirkten zusammen, so daß die Deutschen der Tschechoslowakei, Polens und Ostdeutschlands in dieser Phase der ‚wilden‘ Vertreibung schärfsten Repressalien ausgesetzt waren und zahlreiche Todesopfer zu beklagen hatten. Aus der Sackgasse, in die die Potsdamer Konferenz vor allem wegen des Streits um die Oder-Neiße-Grenze geriet, führte schließlich eine Paketlösung, in der die Briten und Amerikaner dieser Grenze und dem Transfer der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zustimmten und die Sowjets Konzessionen in den Fragen der Reparationen und der Aufnahme Italiens in die Vereinten Nationen machten. Die Westmächte hofften darüber hinaus, daß die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als provisorische Westgrenze die wirtschaftliche Konsolidierung und demokratische Entwicklung Polens fördern würde.